



BLZK-Vizepräsident Christian Berger im Gespräch mit Dr. Angelika Niebler

Der Einführung einer Europäischen Krankenversicherungskarte stehen die Heilberufe überwiegend kritisch gegenüber. Sie unterstützen allerdings die Forderung des Europäischen Parlaments, „dass die Inhaber der Karte selbst beschließen müssen, welche Daten darauf gespeichert werden.“

Zu den Gesprächspartnern in Brüssel zählten u. a. die bayerischen EP-Abgeordneten Alexander Radwan und Dr. Anja Weisgerber. Dr. Angelika Niebler, MdEP, begrüßte die Vertreter der Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Tierärzte und Psychotherapeuten aus dem Freistaat im Europäischen Parlament.

Rechtsanwalt Peter Knüpper
Hauptgeschäftsführer der BLZK

Österreichische Zahnärzte setzen auf Qualität

Bayerisch-österreichischer Erfahrungsaustausch

Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung standen auf der Agenda eines Erfahrungsaustauschs von Österreichischer Zahnärztekammer und Bayerischer Landeszahnärztekammer. Die beiden Verwaltungschefs, Kammeramtsdirektor Dr. Jörg Krainhöfner und BLZK-Hauptgeschäftsführer Peter Knüpper, trafen sich dazu in München.

Das neue Zahnärztegesetz (ZÄG) in der Republik Österreich sieht vor, dass Zahnärzte eine umfassende Evaluierung der Qualität durchführen und die Ergebnisse ihrer Zahnärztekammer übermitteln. Ein Verstoß gegen diese Berufspflicht stellt auch einen Kündigungsgrund des Vertragsverhältnisses mit der Krankenversicherung dar.

Zu den wichtigsten Qualitätskriterien zählt eine 2007 erarbeitete Qualitätssicherungsverordnung, zu deren Parametern „Patientenversorgung-Erreichbarkeit“, „Patientenversorgung-Notfallvorsorge“, „Hygiene“, „Apparative Ausstattung“ sowie der „Standard für die fachliche Qualifikation“ gehören. Letzterer wird insbesondere dann erfüllt, wenn der Zahnarzt seiner Fortbildungspflicht entspricht.

Junge Kammer

Weitere Themen des Gesprächs waren die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, hier vor

allem unter dem Dach des Council of European Dentists (CED). Dessen langjähriger Vorsitzender, Dr. Wolfgang Doneus, ist nun Vizepräsident der Österreichischen Zahnärztekammer. Die Kammer, der rund 4 500 Zahnärztinnen und Zahnärzte angehören, hat sich erst im vergangenen Jahr konstituiert. Sie war per Gesetz mit Wirkung zum 1. Januar 2006 eingerichtet worden. Bis zu diesem Zeitpunkt waren Zahnärzte und Fachärzte für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde Mitglieder der jeweiligen Ärztekammer auf Landesebene; die immer kleiner gewordene Berufsgruppe der Dentisten gehörte der Österreichischen Dentistenkammer an. Wie auch in Deutschland sind alle Mitglieder der Bundeszahnärztekammer einer Landeszahnärztekammer zugeordnet, die weitgehende Finanz-, Personal- und Vertragshoheit besitzt.

Österreich: Fortbildung gewinnt Profil

Auch im Bereich der Fortbildung hat die Österreichische Zahnärztekammer eigene Richtlinien erlassen und stellt für die – grundsätzlich freiwillige – Teilnahme am zahnärztlichen Fortbildungsprogramm ein Diplom aus, für das insgesamt 120 Fortbildungspunkte im jeweiligen Fortbildungszyklus erbracht werden müssen. Die Gültigkeit dieses Diploms beträgt drei Jahre. Interessant: Von Firmen-



Foto: BLZK

Kammeramtsdirektor Dr. Jörg Krainhöfner (links) und BLZK-Hauptgeschäftsführer Peter Knüpper

und Einzelveranstaltern initiierte Veranstaltungen werden nur dann anerkannt, wenn sie gemeinsam mit der Österreichischen Zahnärztekammer, den Landes Zahnärztekammern und deren Fortbildungseinrichtungen, der Österreichischen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde mit allen Zweigvereinen, Gesellschaften und Arbeitsgemeinschaften, zahnärztlichen Interessenverbänden sowie österreichischen Universitätskliniken und kieferchirurgischen Abteilungen österrei-

chischer Krankenanstalten durchgeführt werden. Auch für die Teilnahme an Qualitätszirkeln werden Fortbildungspunkte anerkannt.

Ausbildung: Keine Kommerzialisierung

In der Besprechung zwischen Kammeramtsdirektor Krainhöfner und Hauptgeschäftsführer Knüpper ging es auch um die Absicht privater Anbieter, in der Republik Österreich eine zahnmedizinische Privatuniversität einzurichten. Die Gesprächspartner stimmten darin überein, dass die neue europäische Berufsanerkennungsrichtlinie eine hochwertige, qualifizierte Ausbildung fordert, die auch Bezug zur zahnärztlichen Praxis haben muss. Schon aus diesem Grund muss der zahnärztliche Berufsstand daran interessiert sein, dass die zahnmedizinische Ausbildung nicht kommerzialisiert wird, sondern sich allein an objektiven Qualitätskriterien ausrichtet.

Der regelmäßige Meinungsaustausch zwischen den beiden Verwaltungschefs der Zahnärztekammern soll im kommenden Jahr fortgesetzt werden.

Redaktion

Treffen der VV-Vorsitzenden in München

Vorsitzende der Vertreterversammlungen aller KZVen tauschten Erfahrungen aus

Auf Einladung des Vorsitzenden der Vertreterversammlung (VV) der KZV Bayerns, Dr. Alexander Süllner, trafen sich am 14./15. September 2007 im Münchner Zahnärztehaus die Vorsitzenden der Vertreterversammlungen aller Kassenzahnärztlichen Vereinigungen (KZVen) der Länder. Dieses Treffen findet seit 2005 halbjährlich statt. Es dient dem Meinungs-, Erfahrungs- und Informationsaustausch der VV-Vorsitzenden der KZVen. Seit Inkrafttreten des GKV-Modernisierungsgesetzes und der damit verbundenen Hauptamtlichkeit des Vorstandes ist die Vertreterversammlung das jeweils einzig verbliebene ehrenamtliche Organ in den KZVen. Erstmals konnten Dr. Alexander Süllner und sein Stellvertreter, Dr. Günter Schneider, mit einer einzigen Ausnahme alle VV-Vorsitzenden oder deren Stellvertreter begrüßen. Breiten Raum nahmen die

Berichte aus den einzelnen KZVen ein. Nach fast dreijähriger Tätigkeit im Ehrenamt war es auch angebracht, eine Zwischenbilanz im Hinblick auf die vom Gesetzgeber verordnete Neustrukturierung der KZVen zu ziehen. Weitere Themen waren unter anderem die Zusammenarbeit der KZVen und Kammern in den jeweiligen Ländern, die heute möglichen Praxisformen, die neue GOZ, Einzelverträge, Selektivverträge und die gemeinsame Initiative der KZVen der neuen Bundesländer. Ausgiebig wurde auch der PAR-Selektivvertrag der KZV Westfalen-Lippe diskutiert.

Nicht alle Themen konnten abschließend behandelt werden. Der Meinungsaustausch findet seine Fortsetzung bei der nächsten Vorsitzenden-Tagung im April 2008 in Magdeburg.

Dr. Alexander Süllner